

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(523.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 15. Juni 2012

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Cämmerer**, Dr. Bernhard, Karlsruhe; **Drexler**, Andrea, Rheinstetten; **Gilg**, Johanna, Bruchsal; **Heyland**, Hildegard, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Herzog**, Franz, Karlsruhe; **Klotz**, Jeff, Remchingen; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Leonhardt**, Volker, Bretten; **Matz**, Prof. Dr. Klaus-Jürgen, Karlsruhe; **Noe**, Dr. Georg, Ettlingen; **Prior**, Ute, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schmidt**, Dr. Rüdiger, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Straub**, Martin, Karlsruhe; **Tuchtenhagen**, Prof. Dr. Ralph, Berlin.

Vortrag von **Ralph Tuchtenhagen**, Berlin

über

Die schwedische Vorherrschaft am Oberrhein 1631-1634

1. Forschungslage und Quellen

Der Oberrhein war eine der wichtigsten Regionen für die schwedischen Operationen des Dreißigjährigen Krieges. Dennoch fehlen zu diesem Thema bis heute monographische Gesamtdarstellungen. Gewiss sind einzelne regionale und lokale Aspekte, dazu einzelne Zeitabschnitte gut erforscht. Man darf etwa auf die dreibändige Darstellung von Johann Baptist (Jean Baptiste) Ellerbach über den Dreißigjährigen Krieg im Elsass aus den 1920er Jahren verweisen oder auf eine Reihe von Monographien zum Dreißigjährigen Krieg in den württembergischen und fränkischen Territorien. Ganz zu schweigen von der fast unüberschaubaren Zahl von Stadtgeschichten und Ortschroniken, die z.B. in der Badischen Landesbibliothek mehrere Duzend Regalmeter füllen. Aber diese Partikularerzählungen sind in der Regel nicht geeignet, um zu verstehen, warum das Kriegsgeschehen und die damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen, religiösen Entwicklungen der Zeit überhaupt den Oberrhein erreicht haben. Sie stellen, aus dieser Perspektive verständlich,

das Leiden und die Unverständlichkeit, ja Sinnlosigkeit des Kriegsgeschehens in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Dieser Fokus wurde seit den 1960er Jahren auch durch die Dominanz wirtschafts-, sozial- und alltagsgeschichtlicher Konzeptionen in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung gefördert.

Auf diesem Hintergrund erscheint die zentrale Fragestellung meines heutigen Vortrags eher traditionell. Sie ist aber historiographisch notwendig, weil sie eine empfindliche Forschungslücke thematisiert. Sie lautet: Welche militärischen, politischen, wirtschaftlichen und religiösen Interessen führten die großen kriegsführenden Parteien an den Oberrhein und welche Rolle spielten die regionalen und lokalen Akteure am Oberrhein für die Durchsetzung oder Verhinderung dieser Interessen. Ich werde mich, was die großen kriegsführenden Parteien anbelangt, auf Schweden konzentrieren – wobei aber natürlich eine Untersuchung Schwedens nicht ohne eine Untersuchung der habsburgischen, ligistischen, spanischen und anderer Kriegsparteien möglich ist. Bei den regionalen und lokalen Akteuren beschränke ich mich auf die größeren Herrschaften, insbesondere auf die Kurpfalz, das Haus Baden, Vorderösterreich soweit es die oberrheinischen Besitzungen betrifft, außerdem die größeren Städte.

Ich verstehe diesen Vortrag als einen ersten Baustein für eine Gesamtdarstellung schwedischer Herrschaft im deutschen Südwesten während des Dreißigjährigen Krieges. Diese wiederum lässt sich einfügen in eine künftige Gesamtdarstellung des Dreißigjährigen Krieges im deutschen Südwesten, die ihrerseits ein altes Forschungsdesiderat darstellt. Beides, die Darstellung schwedischer Herrschaft und die Aufarbeitung des Dreißigjährigen Krieges im deutschen Südwesten, stößt auf eine komplizierte Quellenlage. Auch die bisherige Forschung erweist sich als sehr zersplittert. Einerseits war die Lokalgeschichtsschreibung in den letzten ca. 130 Jahre durchaus rege; andererseits behandeln die großen Darstellungen zur kurpfälzischen, badischen und vorderösterreichischen Geschichte den Dreißigjährigen Krieg nur in recht allgemeinen Begriffen und gründen dabei meist ältere Gesamtdarstellungen, nicht aber lokale Untersuchungen. Der Schwerpunkt lag in den letzten 40 Jahren dabei wie gesagt auf der

Sozial- und Alltagsgeschichte, insbesondere auf der Erforschung der Kriegsfolgen für die lokale Bevölkerung. Ältere Darstellungen konzentrierten sich zwar stärker auf die großen politischen Linien, gelegentlich auch auf die Verläufe einzelner Feldzüge und Schlachten. Eine Darstellung der politischen Motive ist dabei trotzdem fast immer zu kurz gekommen. Es ist bis heute ziemlich unklar, warum der deutsche Südwesten eine so wichtige Rolle für die Kriegsführung und die politischen Ziele Schwedens spielte.

Auch die schwedische Historiographie ist hier nicht hilfreich. In ihr spielt der Oberrhein kaum eine Rolle. Abgesehen vom fränkischen Reichskreis als Operationsbasis für den gesamten Süden des Heiligen Römischen Reiches erscheinen in den großen Darstellungen kaum mehr als einige unspezifische Zeilen zu den militärischen Operationen und politischen Planungen für das Oberrheingebiet. Dies spiegelt sich bis heute in der historischen Kartographie Schwedens wieder. Eine oberrheinische Regionalgeschichte aus schwedischer Perspektive muss also ebenfalls erst geschrieben werden.

Wenn ich mich dieser Aufgabe nun unterziehe, dann wird es nicht darum gehen können, die Grausamkeiten der schwedischen und anderer Armeen und das oft beschriebene Leiden der einfachen Bevölkerung erneut zum Thema zu machen und damit eine moralische Geschichte schwedischer Vorherrschaft am Oberrhein zu schreiben. Mein Anliegen ist auch nicht eine einfache Kriegsherrschaftsgeschichte, die erklärt, wo die schwedischen Machthaber wann und warum geherrscht haben. Im Zentrum meiner Überlegungen steht die Herrschaftstechnik, die Frage, wie Schweden in einem Umfeld, in dem mit wenig bis keiner Unterstützung zu rechnen war, es trotzdem geschafft hat, Allianzen zu bilden und sich politisch durchzusetzen. Auf welcher Quellengrundlage kann ich das leisten? Der Quellenfundus zur Erforschung dieses Themas erscheint ebenso zersplittert wie die Forschungsliteratur. Und dass es zwischen diesen beiden Tatsachen einen Zusammenhang gibt, darf als sicher gelten.

Karlsruhe, Generallandesarchiv: Geht man zunächst von den Archivquellen aus, bietet sich folgende Situation: Der Bestand 74 des Generallandesarchivs Karlsruhe (Baden Generalia), der Akten verschiedener badischer Zentralprovenienzen vereinigt, ist für dieses wie für viele andere Themen nur sehr eingeschränkt nützlich. Die Hinterlassenschaft der katholischen Linie des Hauses Baden ist oft evakuiert worden und fiel 1691 zum Teil einem Brand auf Schloss Schlackenwerth in Böhmen zum Opfer. Die Registraturen der Kollegien in Baden-Baden gingen bei der Einäscherung der Stadt im Orléanschen Krieg 1689 verloren. Ein Teil der badischen Akten, der vor der Wiedervereinigung der Markgrafschaften 1771 nach Schlackenwerth gebracht worden war, befindet sich zwar heute im Bestand „Badische Geheime Hofkanzlei Rastatt (1641-1771)“ im Staatsarchiv Pilsen, Zweigstelle Luditz (Zlutice), Tschechische Republik. Eine Verfilmung dieser Unterlagen ist geplant. Aber zeitlich betreffen diese Akten mein Thema nicht mehr.

Auch der Aktenbestand der Durlacher Verwaltung hat durch den Orléansschen Krieg (1689) schwere Verluste erlitten. Was nach dem Brand von Durlach vom Archiv übrig war, wurde in den markgräflichen Hof nach Basel verlagert; erst 1777 kamen die Papiere von dort nach Rastatt und 1792 nach Karlsruhe. Trotz der etwas besseren Erhaltung und Ordnung liegt der Überlieferungsschwerpunkt wie im Falle Baden-Badens auf Akten des 18. Jahrhunderts.

Aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges sind vor allem Schuldverschreibungen und andere Dokumente zur ökonomischen Situation der Markgrafen übrig geblieben. Wichtige und umfangreiche Teile beider Archive gelangten zudem in andere Bestände. Neben den Urkunden- und Bandselekten und den Ortspertinenzbeständen sind hier vor allem die Selekte des „Haus- und Staatsarchivs“ (Bestände 46-48, 50-51) und der Personalakten (Bestand 76) zu nennen. Das „Haus- und Staatsarchiv“ I birgt wichtige Personalien, darunter zu Friedrich V. von Baden-Durlach und Wilhelm V. von Baden-Baden.² Das „Haus- und Staatsarchiv“ III enthält u.a. Akten über Bündnisse, Staatsverträge, Fürstenzusammenkünfte, Gesandtschaften, Kriegs- und Militärsachen, Standes- und Grundherrlichkeiten, Territorial- und Erbfolgefragen sowie verschiedene Korrespondenzen.

Innsbruck, Wien, Colmar: Die österreichischen Vorlande – darunter der Breisgau und Teile des Elsass – wurden bis ins 18. Jahrhundert von der oberösterreichischen Regierung und Kammer in Innsbruck verwaltet, die wiederum der Regierung in Wien unterstand. Ein Teil der einschlägigen Akten befindet sich heute im Tiroler Landesarchiv in Innsbruck. Einzelne Papiere liegen auch im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Für die Besitzungen im Breisgau und Elsass existierte als zusätzliche Mittelinstanz die Vorderösterreichische Regierung und Kammer in Ensisheim, die 1651 infolge des Verlustes des Elsass an Frankreich nach Freiburg verlegt wurde. Die Registratur der Regierung in Ensisheim verblieb aber nach dem Übergang des Elsass an Frankreich 1648 größtenteils in Frankreich (heute im Départementalarchiv in Colmar). Nur einzelne Teile sind nach Freiburg und seit 1888 nach Karlsruhe gegeben worden (Bestand 81). Etwa 10% des Bestandes 79 sind Akten aus der Ensisheimer Zeit vor 1648, die den Breisgau, aber auch das Elsass betreffen.

Der Bestand 81 enthält die Akten, die 1888-1893 vom Bezirksarchiv des Oberelsass in Colmar an das Generallandesarchiv abgegeben worden sind, wo sie auf die einschlägigen Bestände verteilt werden sollten. Dazu kam es jedoch nicht.

Stuttgart u.a.: Die Geschichte der oberrheinischen Teile des Schwäbischen Reichskreises lässt sich teils über das Württembergische Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, teils mit Hilfe der Archive der katholischen Territorien des Reichskreises (einige davon integriert in die württembergischen und badischen Zentralarchive) erschließen.

Stadtarchive: Für das vorliegende Thema in Frage kommen außerdem mehrere Stadtarchive, darunter vor allem diejenigen von Baden-Baden (Bestand 195), Breisach (Bestand 196), Freiburg (Bestand 200), Heidelberg (Bestand 204), Konstanz (Bestand 209), Mannheim (Bestand 213), Offenburg (Bestand 216), Philippsburg (Bestand 218), Radolfzell (Bestand 219) und Überlingen (225). Das Unterelsass ist besonders über die

Stadtarchive von Straßburg und Hagenau erschließbar. Die Bestände der Reichsritterschaften Hegau (Bestand 123), Kraichgau (Bestand 125) und Ortenau (Bestand 127) ergänzen die Aktengrundlage für einzelne Fragen.

Riksarkive und Krigsarkivet: Für das Thema zentralen Bestände schwedischer Akten befinden sich in den schwedischen Zentralarchiven, dem schwedischen Reichsarchiv und dem schwedischen Militärarchiv, beide in Stockholm. Wichtig sind hier insbesondere die königliche Registratur, die Rats- und Reichstagsprotokolle und die schriftliche Hinterlassenschaft einzelner Akteure, etwa des Königs, des Reichskanzlers, verschiedener mit der Außen- und Militärpolitik befasster hoher Amtsträger und einzelner Generäle; für den vorliegenden Zusammenhang zentral die Papiere des Generalfeldmarschalls Gustav Horn, die sich in einer speziellen Sammlung im schwedischen Reichsarchiv befinden. Alle diese Akten sind im vorliegenden Zusammenhang schwer zu benutzen, weil sie teils chronologisch, teils nach Personen geordnet sind. Man kommt also nur dann voran, wenn man bereits über ein solides Grundgerüst an Daten verfügt.

Gedruckte Quellen: Von den gedruckten Quellen ist, was die Dichte der Information angeht, das *Theatrum Europaeum* sicher die wichtigste. Das *Theatrum* hat jedoch den Nachteil, dass man zwar viel über einzelne Ereignisse, militärische Entwicklungen und verschiedene Personen erfährt, die Motive und Techniken der schwedischen Herrschaft aber wie bei jeder ereignislastigen Darstellung kaum deutlich werden. Davon abgesehen, sind natürlich auch Probleme der Quellenkritik zu berücksichtigen. Die bisher im Druck erschienenen Tagebücher, Protokolle und ähnliche Aufzeichnungen von Geistlichen, Stadtbediensteten oder Militärs geben auch nur punktuell Einblick in das Wesen der schwedischen Herrschaft am Oberrhein. Am aussagekräftigsten sind die gedruckten schwedischen Quellen, insbesondere die Briefe, Memoranden, Instruktionen und andere Schriften des schwedischen Königs Gustavs II. Adolf, des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna und die Briefe der schwedischen oder in schwedischen Diensten stehenden Generäle. Es ist jedoch wie schon im Falle der schwedischen handschriftlichen Quellen recht aufwändig, die entsprechenden Dokumente auf die schwedische Herrschaft

im deutschen Südwesten oder noch spezieller: am Oberrhein hin zu untersuchen. Bevor ich nun endlich zu meiner Darstellung komme, lassen Sie mich noch erwähnen, dass mein Oberrhein-Begriff ein geographischer und pragmatischer ist, will heißen: Ich verstehe unter dem Oberrhein die Gebiete von Mainz bis Basel, im Westen und Osten begrenzt durch Vogesen und Schwarzwald bzw. deren Verlängerungen nach Norden. Dabei erlaube ich mir im Folgenden jedoch je nach historischem Zusammenhang und dort, wo es mir sinnvoll erscheint, Ausweitungen und Einschränkungen dieses Raumbegriffs. Er ist nicht zu verwechseln mit dem Gebiet des Oberrheinischen Reichskreises oder anderen mit dem Oberrhein-Siegel belegten Räumen.

2. Periodisierung

Man kann die Jahre der nahezu unangefochtenen schwedischen Herrschaft im deutschen Südwesten und insbesondere am Oberrhein, die Jahre 1631 bis 1634 also, in zwei Perioden einteilen: 1. Eine Periode, die definiert ist durch die zwei Schlachten von Breitenfeld und Lützen (Herbst 1631- Herbst 1632) als Periode der Herrschaft des schwedischen Königs Gustav II. Adolf. 2. Eine Periode zwischen den Schlachten von Lützen und Nördlingen als Periode der Herrschaft des schwedischen Reichskanzlers und der schwedischen Generäle.

Während diese zweite Periode am Oberrhein eher durch Konsolidierung und Satrapenherrschaft gekennzeichnet ist, birgt die erste Periode eine hohe militärische und politische Dynamik und lässt mehrere Teilabschnitte erkennen. Ich möchte Ihnen kurz drei vorstellen: 1. Der Vorstoß Schwedens nach Franken und an den Mittelrhein im Herbst 1631. 2. Die kaiserlichen Gegenoffensiven gegen die Schweden und ihre Verbündeten in der Kurpfalz, im Elsass, in Baden-Durlach und Württemberg in der ersten Jahreshälfte 1632. 3. Der schwedische Vormarsch bis ins Oberelsass und in den Breisgau in der zweiten Jahreshälfte 1632.

1. Nach der für Schweden siegreichen Schlacht von Breitenfeld am 17. September 1631 konnten sich die schwedische Hauptarmee unter Gustav Adolf und deutsche protestantische Hilfstruppen bis zum Jahresende in den Territorien der Hochstifte Würzburg, Bamberg und Kurmainz festsetzen. Außerdem gelang eine Eroberung von Teilen der Kurpfalz, nicht jedoch der kurpfälzischen Residenz Heidelberg. In Frankfurt schuf der schwedische König Ende November eine Militärverwaltung, die offenbar für alle neu eroberten Gebiete zuständig sein sollte. Nach der Eroberung von Mainz am 22. Dezember 1631 beorderte er den schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna in die Stadt, mit dem Ziel, dort eine Besatzungsverwaltung aufzubauen, von der aus die politischen und militärischen Aktivitäten Schwedens im Südwesten des Reiches koordiniert werden konnten. Mainz wurde zugleich eine Art Winterresidenz Gustav Adolfs. Dort empfing er mehrere Verbündete oder potentielle Verbündete, von denen neben den Herzögen Wilhelm und Bernhard von Sachsen-Weimar und Markgraf Hans Georg von Brandenburg der „Winterkönig“ Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz der politisch bedeutendste, der Landgraf von Hessen (Wilhelm V.), Pfalzgraf Christian von Birkenfeld und Bernhard von Weimar die militärisch wichtigsten waren. Auch Repräsentanten des Oberrheingebiets zeigten sich bereits in Mainz, darunter der wie sein Namensvetter von der Pfalz von seinen Herrschaftsterritorien gejagte Friedrich V. Zu anderen potentiellen Verbündeten am Oberrhein nahm Gustav Adolf in dieser Zeit selbst Kontakt auf, insbesondere zu den Reichsstädten, von denen die wichtigste die Stadt Straßburg war.

Eine eigentliche Kriegspause gönnten sich die Schweden in Mainz nicht. Gustav Adolf schickte während des ganzen Winters fortwährend Detachements seiner Armee nach Süden, Westen und Osten, um weitere Eroberungen vorzubereiten. Die militärischen Operationen des Frühjahrs 1632 richteten sich offenbar auf die Eroberung bzw. Alliierung des schwäbischen und fränkischen Reichskreises, zu denen auch das Oberrheingebiet zählte.

2. Die Kaiserlichen und ihre Verbündeten waren währenddessen nicht untätig geblieben. Misslich wie ihre militärische Lage nach Breitenfeld war, konnten sie jetzt, nach dem vorläufigen Ausfall des Feldmarschalls Tillys, allerdings nur regional und lokal operieren.

Während die Schweden zwischen Januar und März 1632 im Tauber- und Neckartal und am Rhein mit weiteren Eroberungen beschäftigt waren, führten die Kaiserlichen kleinere Kämpfe in der Gegend von Offenburg, im Unterelsass und in der rechtsrheinischen Kurpfalz. Im März/April 1632 startete der kaiserliche Oberkommandant der vorderösterreichischen Armee (Breisach), Obrist Freiherr Rudolf von Ossa (1574-1647), eine Großoffensive gegen die baden-durlachische Markgrafschaft, das militärische Zentrum und den oberrheinischen Musterplatz der mit Schweden alliierten Truppen des Pfalzgrafen von Birkenfeld, Friedrichs V. von Baden-Durlach, Herzog Eberhards von Württemberg und einiger anderer. Teilweise parallel zu Ossas Offensive am Oberrhein rückten die mit dem Kaiser verbündeten Spanier

Anfang April über die Mosel auf den Mittelrhein vor, wahrscheinlich um die Truppenwerbungen Christians von Birkenfeld im Elsass zum Stillstand zu bringen. Der Vormarsch der Spanier alarmierte Oxenstierna in Mainz, der zur Beobachtung der feindlichen Manöver extra ein Reiterdetachment aus Kassel zu sich über den Rhein holen ließ. Christian von Birkenfeld hatte allerdings längst von diesen Entwicklungen Wind bekommen, brach auf, um sich mit der von Kassel anrückenden schwedischen Reiterei zu vereinigen und brachte den spanischen Vormarsch zum Halten. Die Spanier zogen sich zurück, und wurden aus taktischen Gründen von den Schweden nicht weiter verfolgt. Dies gab den Spaniern Gelegenheit, sich erneut zu sammeln und zu verstärken, sodass sie in der Folge Speyer von den Schweden erobern konnten. Mit der schwedischen Gegenoffensive im Juli 1632 gelang es Oxenstierna jedoch, die Spanier wieder zu vertreiben. Einen Monat später starteten die Kaiserlichen unter Ossa und dem kaiserlichen Obristen Ernesto Graf Montecuccoli (*1582, †1633) eine Offensive gegen die schwedisch besetzte Kurpfalz, Baden-Durlach und das Herzogtum Württemberg, wurden jedoch von den vereinigten Truppen Schwedens, Württembergs und des Pfalzgrafen Otto Ludwig an allen Fronten zurückgeworfen.

3. Die Niederlagen der Kaiserlichen im August 1632 läuteten eine dritte Periode ein. Bei der Verfolgung der kaiserlichen Truppen rheinaufwärts setzte der schwedische

Feldmarschall Gustav Horn am 21. August bei Straßburg über den Rhein und eroberte bis Anfang Dezember das gesamte mittlere und obere Elsass. Im Zuge der Eroberungen erklärte sich ein Großteil des elsässischen Adels und der elsässischen Städte zu Alliierten Schwedens, bot Kontributionen an und empfing dafür schwedische Salvagardien. Unterdessen hatten kleinere schwedische und württembergische Verbände die rechtsrheinischen Gebiete von der Kurpfalz bis in den vorderösterreichischen Breisgau erobert. Nur die kaiserliche Hauptfestung Breisach war im Dezember 1632 noch nicht in der Hand der Schweden.

Die zweite Hauptperiode war wie gesagt durch Bemühungen zur Konsolidierung der schwedischen Herrschaft gekennzeichnet. Während die Schweden im Oberelsass und im Breisgau noch mit Eroberungen beschäftigt waren, hatte sich die Lage im Schwäbischen Reichskreis zugespitzt. Bayerische Truppen waren eingefallen, die evangelischen Stände im baten den schwedischen Oberbefehlshaber für das Oberrheingebiet, Gustaf Horn, um Hilfe. Dieser verstärkte daraufhin seine elsässische Armee, übergab den Oberbefehl Rheingraf Otto Ludwig und zog selbst am 18. Dezember mit einer ansehnlichen Armee bei Schönau über den Rhein in Richtung Schwaben. Dabei nahm er Freiburg i. Br. sozusagen auf dem Weg mit. Während der Rheingraf also nun im Elsass herrschte, setzte Horn auf der rechten Rheinseite den in württembergischen Diensten stehenden, aus dem Kreis der mährischen Aufständischen von 1618 stammenden Generalmajor Bernhard Schaffalitzki zum Oberbefehlshaber der rechtsrheinischen Truppen ein. Im Windschatten des Feldzuges am rechten Rheinufer hatten die beiden Friedrich V. (von der Pfalz und Baden-Durlach) ihre Landesherrschaft restituieren können, während mit dem Tod Gustav Adolfs in der Schlacht bei Lützen (6./16.9.1632) die zentrale Militärführung der Schweden einstweilen in Frage gestellt war. Der Rheingraf hatte im Elsass infolgedessen mit Bauernaufständen und dem Einfall französischer Truppen zu kämpfen. Auch beschäftigte ihn eine lange, aber letztlich erfolglose Belagerung Breisachs. Schaffalitzky machten 1633 ebenfalls Bauernrevolten zu schaffen. Dazu kamen Ausfälle der Breisacher Garnison unter Wilhelm V. von Baden-Baden. Im April 1633 erwuchs ihm unerwartet ein Feind aus den eigenen Reihen, als Friedrich von Baden-Durlach auf den Vorverhandlungen des Heilbronner Bundes zum Oberbefehlshaber der rechtsrheinischen Truppen ernannt wurde und

gleichzeitig die Territorien seines baden-badischen Verwandten Wilhelms V. als Donationen aus schwedischer Hand erhielt. Schaffalitzky wurde von Oxenstierna im Zuge dieses Handels im Juni 1633 gegen seinen Willen an den Bodensee beordert. (Für die lokale Bevölkerung konnten solche konkurrierenden Herrschafts-verhältnisse übrigens Vorteile haben. So erzählen die Jahresberichte des Baden-Badener Jesuitenkollegs in einem anderen Zusammenhang, dass Gustaf Horn im Juni 1632 bereit war, auf einen Teil der Kontributionen der Stadt Baden-Baden zu verzichten, nachdem diese sich hoffnungsvoll an den Durlacher Markgrafen gewandt hatte, um eine Minderung zu erreichen, weil sie anders einer Plünderung wohl nicht entgangen wären).

3. Motive schwedischer Herrschaft im deutschen Südwesten

Die hier versuchte Periodisierung mag eine etwas größere Übersicht über die oft verworrenen Kriegsläufe der Jahre 1631-1634 geben und die militärische Rationalität der Entwicklungen verdeutlichen. Sie sagen aber nichts über die Motive und die Herrschaftstechnik der schwedischen Besatzungsmacht am Oberrhein aus. Dies soll nun untersucht werden.

Der britische Historiker Michael Roberts (1908-1996), ein ausgezeichnete Kenner der frühneuzeitlichen schwedischen Geschichte, hat bereits 1962 in einem kurzen Aufsatz⁷ eine Reihe von Gründen für das militärische und politische Agieren Schwedens im Dreißigjährigen Krieg herausgearbeitet. Sie betreffen teils den Kriegseintritt, teils die Bedingungen für einen möglichen Friedensschluss mit dem Kaiser, teils aber auch die konkreten Entwicklungen während des Krieges. Sie bilden den Ausgangspunkt meiner folgenden Überlegungen.

Bereits auf dem schwedischen Kriegsrat von 1629, der über das Für und Wider einer militärischen Intervention im Heiligen Römischen Reich befinden sollte, wurde u.a. die Befreiung der protestantischen Territorien im Südwesten des Reiches, insbesondere der Kurpfalz, der badischen Lande und Württembergs diskutiert. Dabei war allen Beteiligten klar, dass ein derartig weiter Vorstoß ins Innere des Heiligen Römischen Reiches kein planbares, sondern nur ein aus den Kriegsläufen sich ergebendes und mit Gottes Hilfe zu erreichendes Ziel sein konnte. Nahziele im Vorfeld des Kriegseintritts waren zunächst die *assecuratio* und die *satisfactio* des Schwedischen Reiches. *assecuratio* forderte Schweden deshalb, weil Habsburg und seine Verbündeten ihren Einfluss während des Krieges so weit nach Norden ausgedehnt hatten, dass die seit 1561 sorgsam aufgebaute Vormachtstellung Schwedens im Ostseeraum gefährdet schien. Der konkrete *casus belli* war die Belehnung Wallensteins mit Mecklenburg, seine kaiserliche Ernennung zum „General des baltischen und ozeanischen Meeres“ und der Aufbau einer habsburgischen Flottenstation in Wismar. Die Forderung nach *satisfactio* bedeutete, dass Schweden für seine Intervention, zur Gewährleistung seiner *assecuratio* und zu Gunsten der deutschen Protestanten eine Kompensation bzw. ein Pfand benötigte.

Um eine *assecuratio* im dargelegten Sinne zu erlangen, konnte der deutsche Südwesten zunächst keine wesentliche Rolle spielen. Sicherlich galt es, die habsburgische Macht so weit nach Süden zurückzudrängen wie möglich, aber vorderhand kamen für die Sicherheitspolitik eher andere deutsche Territorien in Frage: Pommern, Wismar, Mecklenburg, Brandenburg etwa. Die schwedische *satisfactio* jedoch berührte durchaus auch die protestantischen Fürsten und Herrschaften im Südwesten des Reiches. Um überhaupt Krieg führen zu können, benötigte Schweden in den deutschen Territorien Brückenköpfe, Versorgungsbasen, Rekrutierungs- und Aufmarschgebiete und entsprechende Koalitionen mit Fürsten, die die Koalitionen absicherten. Um dies zu gewährleisten, entwickelte Schweden im Gleichtakt mit dem Vormarsch nach Süden im Wesentlichen zwei Allianzmodelle: 1. „Ewige Allianzen“ nach Vorbild des schwedisch-pommerschen Allianzvertrags vom 25. August 1630; 2. temporäre Allianzen nach Vorbild der sog. Eventualkonföderation mit Hessen-Kassel vom 11. November 1630. Axel Oxenstierna unterschied diese beiden Modelle in einem Brief vom 12. Januar 1631 deutlich. Es müsse einen prinzipiellen Unterschied geben, so der schwedische

Reichskanzler, zwischen Allianzen mit Staaten an der Ostseeküste und Allianzen mit den deutschen Binnenstaaten. Allianzverträge mit Ostseestaaten müssten sehr vorsichtig behandelt werden und sollten im Interesse der *assecuratio* Schwedens über den Krieg hinaus gelten. Verträge mit Allianzpartnern im Binnenland gälten hingegen nur für die Zeit des Krieges, und es gehe vor allem darum, die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die militärischen Ressourcen der betreffenden Staaten zu sichern. Gemeinsam war beiden Allianzmodellen, dass der schwedische König den uneingeschränkten militärischen Oberbefehl behielt.

Das für die südwestdeutschen Territorien relevante zweite Modell sah entsprechend dem hessisch-kassel'schen Vertrag im Wesentlichen fünf Punkte vor:

1. Der betreffende Allianzpartner stand unter „Schutz und Protektion“ Schwedens.
2. Für die Zeit des Krieges hatte der schwedische König die „absolute Führung“ inne.
3. Die angestammten Freiheiten und Privilegien des jeweiligen Herrschers wurden garantiert.
4. Das Ziel der Allianz war u.a. die Restituierung des mit Schweden alliierten Herrschers in seinem angestammten Herrschaftsgebiet.
5. Vom einem oder beiden Allianzpartnern eroberte Territorien, auf die der mit Schweden alliierte Herrscher keinen Rechtsanspruch besaß, fielen gemäß Kriegsrecht an Schweden.

Diese zunächst rein auf das Militärische ausgerichtete Konzeption wurde kurze Zeit später durch ein (religions)politisches Strategiepapier ergänzt, das unter der Bezeichnung *Norma futurorum actionum* bekannt geworden ist. Das auf Instruktion Gustav Adolfs um den 11. Mai 1631 entstandene Schriftstück sah für die deutschen Lande „ein neu evangelisches Haupt“ und einen evangelischen Bund, also die Wiederbelebung der auf dem Hintergrund

des verlorenen böhmischen Krieges 1621 aufgelösten protestantischen Union unter schwedischer Führung vor. Abgesehen davon, dass Schweden hier an eine konfessionelle Allianz dachte, ging es auch darum, nicht mit jedem Allianzpartner einzelne Verträge abschließen – und damit in jedem einzelnen Falle partikuläre Verhandlungen über Garantien und Kontrollen führen zu müssen. Der Alliantypus der *Norma* war übrigens nach dem Vertragsmodell für die Ostseestaaten abgefasst. Zwar steht in dem Dokument nichts davon, dass der Bund auch über den Krieg hinaus bestehen sollte, es sprechen aber Indizien aus relationalen Dokumenten dafür, dass dies so gedacht war. Damit wäre Schweden also auch nach Kriegsende so etwas wie eine protestantische Schutzmacht im Heiligen Römischen Reich geblieben.

4. Herrschaftstechnik

Soweit die Planungen. Wie aber entwickelten sich die Allianz- und Herrschaftsverhältnisse in der Praxis? Der schwedische Sieg bei Breitenfeld 1631 veränderte die Struktur der schwedischen Kriegsziele zunächst nicht. Aber nach Breitenfeld entwickelte sich eine neue Dynamik der Machtverhältnisse zwischen Schweden und den protestantischen Ständen. Immer mehr protestantische Landesherrn suchten Dienste im schwedischen Heer, immer mehr Gesandte protestantischer Reichsmächte schlugen sich auf die Seite Schwedens oder wurden von Schweden abgeworben. Dadurch gerieten auch immer mehr Reichsfürsten und deren Territorien in direkte Abhängigkeit von der schwedischen Oberherrschaft. Organisiert wurden diese Bündnisse nach dem hessischen Modell, d.h. eroberte die Allianz von den Kaiserlichen besetzte Territorien protestantischer Allianzpartner, fielen diese dem Allianzpartner anheim; Territorien nicht mit Schweden verbündeter oder in schwedischen Diensten stehender Fürsten wurden *iure belli* von der schwedischen Kriegsmacht besetzt und in schwedische Statthalterschaften verwandelt. Bisweilen wurden auch alliierte oder unterstellte Fürsten selbst als Statthalter in von Schweden okkupierten Territorien eingesetzt. Oft erhielten sie Dienstgüter (Donationen), die für die Dauer des Krieges oder so lange sie als Statthalter aktiv waren, ihren Unterhalt sichern sollten. Die Stände und Städte des betreffenden Territoriums hatten der schwedischen Krone Gehorsam zu schwören, Kirchen- und Finanzverwaltung wurden schwedischer Kontrolle unterworfen.

Die Machtstruktur, die so entstand, bedeutete nicht weniger als dass der schwedische König in den eroberten Gebieten nunmehr die Stelle des Kaisers einnahm und als oberster Lehnsherr fungierte. Dies bedeutete n.b. nicht zwangsläufig, dass Gustav II. Adolf selbst, wie dies manchmal in der Literatur zu lesen ist, Kaiser des Gesamtreiches werden wollte. Gustav Adolfs Absichten sind in diesem Punkt einigermaßen vieldeutig. In letzter Konsequenz aber bewirkte die schwedische Oberherrschaft im deutschen Südwesten und anderswo im Reich eine Spaltung Deutschlands in einen schwedisch und einen habsburgisch dominierten Teil. – Dies auch im Hinblick auf die Tatsache, dass die schwedische Krone ja nach wie vor ihre Grundinteressen, *assecuratio* und *satisfactio*, verfolgen musste. Dass mit dem Westfälischen Frieden dann nur Schwedisch-Pommern, Wismar, Bremen-Verden und einige Zwergterritorien als schwedisch dominierte Teile Deutschlands übrig blieben und dies auch nur im Sinne einer Reichsfürsten-, nicht jedoch einer vom Kaiser losgelösten Oberherrschaft, war dann das Ergebnis des weiteren Kriegsverlaufes, der in dieser Form aber 1631 noch nicht abzusehen war.

Der Vierklang aus Protektion, Okkupation, Restitution und Donation jedenfalls, der teilweise von den protestantischen Reichsfürsten selbst angestimmt wurde, kam den schwedischen Interessen entgegen. Vertraglich formalisiert wurde er im deutschen Südwesten zwar nie, aber die Notenwechsel zwischen den südwestdeutschen Reichsständen und den Schweden, die im Spätherbst 1631 einsetzten, verraten das immer gleiche Konzept der schwedischen Allianzpolitik: Der schwedische König beanspruchte die Anerkennung (*recognitio*) seiner Oberherrschaft (*ius superioritas*) sowohl in Bezug auf einzelne Fürsten und Stände als auch hinsichtlich eines künftigen protestantischen Bündnisses; und er tat dies auf der Grundlage einer Rechtsauffassung, die im damaligen Europa gut bekannt war, nämlich der Kriegsrechtslehre des Hugo Grotius (*ius belli*). Dass es dabei nicht nur um Machtpolitik, sondern auch um die konfessionelle Libertät ging, war spätestens mit dem Vertrag von Bärwalde, d.h. seit Oktober 1630, klar, wo übrigens erstmals ausdrücklich Bestimmungen über den Süden des Reiches auftauchen. Natürlich ließ sich beides nicht voneinander trennen: Schweden brauchte die protestantischen

Fürsten, um die habsburgische Vorherrschaft zu beenden, und er musste sie beenden, um das Regiment der protestantischen Reichsstände zu restituieren. In der markigen Sprache Gustav Adolfs lautete dies im März 1632 (vor den Toren von Donauwörth) so: Man müsse den Kaiserlichen die Flügel stutzen, damit sie nie wieder fliegen könnten. Und sein Kanzler, Oxenstierna, sprach sich im Oktober 1632 für einen Frieden aus, bei dem Schweden „das Messer an der Gurgel des Kaisers“ halte. Um dies bewerkstelligen zu können, brauchte Schweden aber die norddeutschen ebenso wie die südwestdeutschen Protestanten.

Hinsichtlich eines möglichen protestantischen Bundes kristallisierten sich seit Dezember 1631 auf dem Treffen von Werben die ersten konkreten Schritte heraus. Dem Landgraf Wilhelm V. von Hessen-Kassel machte Gustav Adolf im Dezember 1631 das Angebot, künftig als *protector religionis* zu agieren. Hintergrund war ein Vertrag zwischen Wilhelm und dem schwedischen König vom 22. August 1631, der vorsah, dass Wilhelm eine stehende Armee von mindestens 10.000 Mann schaffen sollte, die auch über das Kriegsende hinaus die Interessen der deutschen Protestanten verteidigen würde. Außerdem sollte er General der im oberrheinischen Reichskreis anzuwerbenden Truppen werden. Gleichzeitig erkannte Wilhelm den Oberbefehl Schwedens über diese Armee an. Dabei handelte es sich nicht um ein beständiges und unauflösliches, sondern nur um ein zeitweiliges Bündnis. Für das Oberrheingebiet besaß dieser Vertrag nur mittelbare Bedeutung. Er sollte jedoch später als Modell für ähnliche Vereinbarungen im Rahmen des Heilbronner Bundes dienen.

Im Juni 1632 kam in den Instruktionen Gustav Adolfs an seine Gesandten für Kurfürst Johann Georg von Sachsen und kurz danach in einem Gespräch mit der Nürnbergischen Gesandtschaft der Gedanke eines *corpus bellicum* auf. Dessen Führer sollte wohl Gustav Adolf selbst sein, vielleicht aber auch Johann Georg oder Wilhelm V. von Hessen. Für die Truppenaushebungen und die Militärorganisation orientierte sich Gustav Adolf an den Reichskreisen. Deren eingespielte Organisationssysteme sollten einen reibungslosen Ablauf beim Aufbau des *corpus bellicum* gewährleisten. Wie schon in der *Norma futurorum*

actionum formuliert, wollte der König nicht mit einzelnen Fürsten, sondern mit Korporationen verhandeln.

Es gelang Gustav Adolf allerdings nicht, Johann Georg oder Wilhelm V. für seine Pläne einzuspannen. Er entschied deshalb, die südwestdeutschen Reichsstände selbst ins Spiel zu bringen. Dies schien deshalb erfolgversprechender, weil 1. die dortigen Fürsten politisch und militärisch schwach und daher abhängiger von Schweden waren als Sachsen oder Hessen-Kassel; 2. sich dort mächtige und reiche Territorien befanden, die Schweden auch aus ökonomischen Gründen brauchte; 3. weil er vom Südwesten aus seinen Marsch nach Wien antreten wollte. Es ist keine Frage, dass er dazu die führenden Fürsten der jeweiligen Reichskreise bzw. die Kreisobristen brauchte. In den südwestlichen protestantisch dominierten Reichskreisen war dies allein der Herzog von Württemberg (Schwäbischer Kreis). Alle anderen Kreise waren 1632 zum größten Teil in der Hand der Schweden und wurden in Statthalterschaften verwandelt – die sich übrigens dann nicht mehr mit der Ausdehnung der nominell bestehenden Reichskreise deckten, sondern deren territoriale Gestalt davon abhängig war, welche Teile des jeweiligen Kreises Schweden jeweils beherrschte.

Alle im Reich eroberten Territorien machten wie gesagt einen Teil der schwedischen *assecuratio* und *satisfactio* aus. Im Sommer 1632 stellte der schwedische König in seinem Vertrag mit Nürnberg mit Berufung auf Grotius klar, dass er auf Grundlage des Kriegsrechts Pommern, Magdeburg und die eroberten Bistümer für Schweden behalten wolle. Dies betraf im deutschen Südwesten vor allem Mainz, Worms und Straßburg, vielleicht auch Teile von Basel (Speyer und Trier standen unter französischem Dominat). Er machte aber auch deutlich, dass Schweden die deutsche Fürstenstandschaft für die übernommenen Territorien, nicht jedoch die Stelle des Kaisers einnehmen wolle. Die Reichsverfassung sollte also gewahrt werden, wenn auch mit anderen Akteuren.

Wie sehr die schwedische Herrschaft trotz solch gelegentlicher Bekundungen Modifikationen im Verlauf des Krieges unterworfen waren, lässt sich vielfach studieren. Der Fränkische Kreis stellt hier einen interessanten Übergang von der ursprünglichen Idee der Herrschaft über die Reichskreise zur Statthalterverfassung dar. Nachdem Gustav Adolf das Hochstift Würzburg 1631 besetzt hatte, setzte er Herzog Bernhard von Weimar als „Herzog zu Franken“ ein. Dieser maßte sich das Amt des Kreisobristen an und versuchte, den Kreis so als Ganzes auf das *corpus bellicum* des Königs zu verpflichten. Als dies – letztlich wegen der häufigen Absenz des unersetzlichen schwedischen Feldherrn Bernhard – nicht durchzusetzen war, versuchte der schwedische König, die einzelnen fränkischen Stände für Sonderallianzen zu gewinnen. Auch dies scheiterte. Und sogar die Einsetzung des mit Schweden verbündeten Grafen Kraft von Hohenlohe als schwedischen Generalstatthalter in Franken sowie die geplante Einführung der schwedischen Kupferwährung gelangen nicht.

Mit den protestantischen Ständen des Schwäbischen Reichskreises hatte Gustav Adolf bereits Mitte Oktober 1631 Kontakt aufgenommen, also als die Schweden noch mit der Einnahme Würzburgs beschäftigt waren. Die zentrale Schaltstelle war der Administrator des Herzogs von Württemberg (1588-1635), Julius Friedrich. An ihn richtete Gustav Adolf am 17. (27.) Oktober ein Schreiben, in dem er sich erboste, dass die Stände des Schwäbischen Reichskreises Einquartierungen kaiserlicher Truppen zugelassen hätten. Er verlangte ultimativ eine Erklärung darüber, ob die Stände zu ihm oder zum Kaiser hielten. Neutralität sei inakzeptabel. Sollten sich die Stände für Schweden entscheiden, versprach er königliche Protektion. Den Administrator von Württemberg forderte er auf, die Sache den anderen Kreisständen vorzulegen. So geschah es auch. Julius Friedrich rief Vertreter Baden-Durlachs sowie der Reichsstädte Ulm und Straßburg für den 13. November 1631 zur Beratung nach Stuttgart. Das Ergebnis war eindeutig uneindeutig: Man wolle den König unterstützen und den Kaiser nicht verprellen – vor allem, um weitere Einquartierungen oder gar Besetzungen durch königliche oder kaiserliche Truppen zu verhindern. Während die Verhandlungen mit Gustav Adolf sich hinzogen, schufen die Schweden Fakten. Mit der Kapitulation Heilbronn am 2. Januar 1632 (22.12.1631) setzte Schweden erstmals einen Fuß in den Schwäbischen Kreis. Feldmarschall Horn verlangte von der Stadt Bündnistreue,

Kontributionen und Einquartierung, rührte aber nicht an die Stadtverfassung. Schaffalitzki, der zuvor schon zu Gustav Adolf gesandt worden war, um den König der Gewogenheit des württembergischen Herzogs zu versichern, erhielt Ordre, zu Horn zu reisen, um Näheres über die militärischen Planungen der Schweden zu erfahren. Gleichzeitig wurden Gesandte, der württembergische Vizekanzler Jakob Löffler (1582-1638) und der Hofadlige Bleickart von Helmstatt nach Mainz gesandt, um Bündnisverhandlungen mit Schweden einzuleiten.

Dabei wirkte sich für das Herzogtum Württemberg erschwerend aus, dass Friedrich von Baden-Durlach um die Jahreswende 1631/32 bereits ein informelles Bündnis mit Gustav Adolf geschlossen hatte, im Namen des Schwäbischen Reichskreises quasi für Württemberg mitgesprochen hatte, und nun Druck auf Julius Friedrich ausübte, dem König von Schweden möglichst bald Unterstützung zu gewähren. Zu einem formellen Bündnis zwischen Schweden und Württemberg kam es dann aufgrund des württembergischen Lavierens zwischen König, Kaiser und der mit den Bayern ventilierten Option einer Neutralität der schwäbischen und bayerischen Kreisstände ebenfalls nicht. Gleichwohl erreichte Gustav Adolf wie bei den Durlachern die Zusage von Durchmarschrechten, Kontributionen und der Aufstellung einer württembergischen Hilfsarmee für Schweden. Am Oberrhein gingen die Zugeständnisse allerdings noch weiter: Die mittlere Markgrafschaft wurde zum Musterplatz einer schwedischen Armee für den Oberrhein unter Aufsicht des Markgrafen selbst. (Ein Gleiches galt übrigens für die unterelsässischen Territorien im Oberrheinischen Kreis und die kurpfälzischen Territorien im Kurrheinischen Kreis, soweit sie von Schweden oder deren Hilfstruppen besetzt waren).

Dies waren die wesentlichen Voraussetzungen für die Herrschaftsstrukturen, die sich unmittelbar im Anschluss an die Eroberungen etablierten. Sie beruhten jeweils auf den Prinzipien der *restitutio* und *satisfactio*, d.h. die mit Schweden verbündeten Reichsfürsten erhielten zum einen die im Zuge des kaiserlichen Restitutionsediktes von 1629 verlorenen Liegenschaften und Territorien zurück; zum anderen erhielten sie eine Entschädigung für die durch die kaiserlichen Militärpolitik erlittenen Verluste und Einschränkungen, aber

auch für die Schweden gewährten Durchzugs- und Einquartierungsrechte bzw. Kontributionen.¹³

Welche Versprechungen Gustav Adolf Friedrich V. von Baden-Durlach bei dessen Besuch in Mainz im Winter 1631/32 gegeben hat, ist nicht dokumentiert. Tatsache bleibt, dass Friedrich V. irgendwann im Dezember 1631 oder Januar 1632 eine informelle Vereinbarung mit Schweden getroffen, im Frühjahr Rüstungen auf schwedische Rechnung in Gang gesetzt hat und dafür eine Restituierung seiner 1622 und 1629 verlorenen Territorien erwarten konnte.¹⁴ Auf dem Heilbronner Konvent von 1633, der das *corpus evangelicorum* gemäß der *norma futurorum actionum* Gustav Adolfs endlich verwirklichen sollte, vollzog Oxenstierna die schwedischen Zusagen dann formell, indem er Friedrich nicht nur seine durlachischen, sondern auch die im Zuge der Politik von Friedrichs Vater, Georg Friedrich, an die durlachische Linie gelangten baden-badischen Besitzungen restituierte. Darüber hinaus erhielt Friedrich Teile der kaiserlichen Besitzungen in der Ortenau und im Breisgau bis Waldshut und Säckingen als Donation aus der Hand der schwedischen Königin und wurde der militärische Oberbefehlshaber all dieser Territorien. Damit wurde Friedrich V. nun also ein Vasall Schwedens – in ziviler wie in militärischer Hinsicht. Die schwedische Krone ließ sich diese Großherzigkeit gleichzeitig teuer bezahlen. Oxenstierna äußerte in einem Brief an die schwedische Königin, dass die Donationspolitik gegenüber den Reichsfürsten einen zweifachen Sinn habe: einerseits sichere sich Schweden damit territoriale Faustpfände und loyale Verbündete, andererseits könne die Krone auf diese Weise die Fortführung des Krieges finanzieren.

Ähnliches lässt sich auch für Württemberg sagen. Julius Friedrich erhielt für seine Dienste nicht nur die im Zuge des Restitutionsediktes verlorenen Klöster und deren Territorien zurück, sondern darüber hinaus auch eine Reihe von Besitzungen aus dem Bestand der von Schweden eroberten kaiserlichen Territorien. Um sich die fortwährende Loyalität Julius Friedrichs gegenüber Schweden zu sichern, verlangte Gustav Adolf, die beiden württembergischen Unterhändler Löffler und von Helmstatt als politische Verbindungsleute verwenden zu dürfen. Außerdem diente Schaffalitzki als Verbindungsoffizier zwischen der württembergischen und der schwedischen Armee am Oberrhein.

Die nicht an Württemberg donierten Teile des Schwäbischen Reichskreises gingen an schwedische Statthalter, deren politische Stellung allerdings prekär blieb. So wurde nach der Schlacht bei Rain am Lech (14./15.4.1632) Georg Friedrich Graf von Hohenlohe (1569-1645) (der Bruder Krafts von Hohenlohe) zum schwedischen Generalstatthalter für den Schwäbischen Kreis in Augsburg ernannt. Schon zuvor hatte Gustav Adolph ihm die geistlichen Besitzungen im Amte Jagstberg, Ragelsberg und Künzelsau, die Fuggerischen Güter in und um Augsburg, außerdem Ulm, Schloß Lechhausen und die Herrschaft Oberkirchberg geschenkt, worauf der Graf in dem neugewonnenen Gebiet alsbald die Reformation einführte. Aber mit dem Tode Gustav Adolfs wurde Hohenlohes Stellung unhaltbar. Die Territorien gingen bis zum nächsten Einfall der Schweden verloren.

Im badischen wie im württembergischen Falle wurden die schwedischen Donationen übrigens zum innenpolitischen Problem. In Baden setzte u.a. eine Vertreibung katholischer Geistlicher ein, die zu Unmut bei der katholischen Bevölkerung der badischen Besitzungen führte und für innenpolitisch instabile Verhältnisse sorgte. In Württemberg nutzte Julius Friedrich seine Donationen offenbar dazu, sich eine Hausmacht gegenüber seinem Mündel, dem jungen Herzog Eberhard III. aufzubauen – so jedenfalls lautete der Vorwurf der Herzogsmutter und eines Teils der württembergischen Stände.

Im Kurrheinischen Kreis war mit der Absetzung Friedrichs V. von der Pfalz und der Besetzung zahlreicher kurrheinischer Plätze mit kaiserlichen oder bayerischen Truppen kein Reichsobrist mehr verfügbar. Die Schweden setzten deshalb verschiedene Oberbefehlshaber als temporäre Statthalter über eroberte Gebiete ein; alle unter dem direkten Befehl Gustav Adolfs bzw., nach dessen Tod, Axel Oxenstiernas. Gustav Adolf hatte Friedrich von der Pfalz zwar eine Restitution seiner Territorien und eine Entschädigung für seine Dienste für Schweden versprochen, da aber die Rückeroberung der Kurpfalz allein auf das Konto der Schweden ging, der Kurpfälzer daran also weder militärischen noch finanziellen Anteil gehabt hatte, forderte Gustav Adolf kompromisslos

die Oberherrschaft, d.h. die Kontrolle über das gesamte Fortifikationswesen, die alleinige Entscheidung über Kontributionen, Einquartierungen, Durchzüge und Werbungen, zudem das Direktorium in der Religionspolitik. Da Friedrich nicht bereit war, dies hinzunehmen, zogen sich die Verhandlungen über die Restituierung der Kurpfalz hin. Als Gustav Adolf und Friedrich im November 1632 kurz hintereinander starben, war die Frage weiterhin offen.¹⁸ Während der Vorverhandlungen zum Heilbronner Bund milderte Oxenstierna die Bedingungen, um den Bund nicht insgesamt zu gefährden. Laut Vertrag vom 24. April 1633 blieb das schwedische Kriegsdirektorium zwar grundsätzlich erhalten, doch erhielt der Administrator der Pfalz, Pfalzgraf Ludwig Philipp von Simmern (1602-1655) die kurpfälzischen Territorien samt Verfügungsrecht über alle Festungen (mit Ausnahme Mannheims) restituiert. Für die Restitution hatte die Kurpfalz eine einmalige Sonderkontribution zu leisten, außerdem zu den monatlichen Kontributionen im Rahmen der Bundesvereinbarungen beizutragen. Dass die Pfalz aus schwedischer Sicht immer noch *iure belli* zu behandeln war, geht aus weiteren Bestimmungen hervor. So hatte die Pfalz auch für die Zeit nach dem Friedensschluss dafür zu sorgen, dass die von Schweden eroberten Gebiete der Kurpfalz nicht von katholischen Truppen besetzt wurden. Außerdem sollte die Kurpfalz nach Kriegsende der schwedischen Partei im Reich angehören und eigene Truppenkontingente im schwedischen Heer unterhalten.

Neben den Restitutionen der Reichsfürsten erhielten auch die schwedischen oder mit Schweden alliierten Heerführer Donationen. Gustaf Horn, Christoph von Birkenfeld, Otto Ludwig und Bernhard Schaffalitzki wurden alle zeitweise zu schwedischen Statthaltern eingesetzt und mit einzelnen Orten oder kleineren eroberten Territorien belehnt. Diese Donationen galten jedoch immer nur für die Zeit des Krieges und in einzelnen Fällen sogar nur für die Zeit einer bestimmten Kriegsoperation. Die Entscheidung über alle diese Bestellungen und Belehnungen lag stets beim schwedischen Monarchen.

Eine Sonderstellung nahmen die Städte ein. Ich kann hier nur auf das besonders prominente Beispiel der Stadt Straßburg eingehen, das wiederum für den schwedischen Umgang mit anderen Städten das Modell abgab. Die Stadt Straßburg lag seit 1629 mit dem Kaiser in

Streit, weil dieser infolge des Restitutionsedikts vom März 1629 einige in den Besitz der Stadt übergegangene Kirchengüter für sich beanspruchte. Die Straßburger traten daraufhin u.a. zusammen mit dem Markgrafen von Baden-Durlach, dem Herzog von Württemberg und den Städten Frankfurt/M. und Nürnberg dem Leipziger Bund bei, der das Restitutionsedikt am 31. März 1631 als Missachtung der reichsrechtlichen Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens brandmarkte. Die mit dem Leipziger Bund einhergehende Vereinbarung, eine gemeinsame Armee von 40.000 Mann aufzustellen, verpflichtete Straßburg zu Truppenwerbungen, die im April und Mai 1631 eingeleitet wurden. Außerdem suchte die Stadt den Schulterschluss mit dem Schwäbischen Reichskreis, besonders mit den Mitunterzeichnern des Leipziger Bundes Friedrich von Baden-Durlach und Herzog Julius von Württemberg. Als der Kaiser in Reaktion darauf mehrere Plätze im Elsass militärisch besetzen ließ, geriet Straßburg in schwere Bedrängnis. Die Befreiung aus dieser Zwangslage kam mit dem Vormarsch Gustav Adolfs nach Südwesten. Im Oktober 1631 erschien eine schwedische Gesandtschaft in der Stadt, um ein förmliches Bündnis zwischen Schweden und Straßburg abzuschließen – vorerst jedoch erfolglos. Ab Dezember 1631 bemühten sich auch die Franzosen um ein Bündnis. Im Januar 1632 installierten die Schweden einen ständigen Gesandten, Josias Glaser (1588-1650 p.q.), in der Stadt. Die Straßburger Staatsraison bot nun zwei Optionen: ein Bündnis mit Frankreich, das effektiven militärischen Schutz wegen seiner räumlichen Nähe auch nach einem Friedensschluss zu bieten versprach, aber katholisch war; oder ein Bündnis mit Schweden, dessen militärischer Schutz nach einem Friedensschluss mehr als zweifelhaft war, das aber protestantisch war. Die Präsenz des schwedischen Gesandten und die ununterbrochenen Siege Schwedens im Rhein-Main-Neckargebiet gaben wohl den Ausschlag. Am 7. Juni (28. Mai) 1632 schloss die Stadt ein förmliches Bündnis mit Schweden nach dem hessischen Modell, gelobte Gefolgschaft, Kontributionen und Schutz für die schwedischen Truppen und anerkannte den militärischen Oberbefehl des schwedischen Königs. In seiner „Gegenversicherung“, die allerdings erst am 9. November kam, nahm Gustav Adolf die Stadt Straßburg unter seinen Schutz, beließ ihr ihre Reichsfreiheiten und Rechte und versprach, sie für alle Kriegsauslagen mit Gütern aus der schwedisch eroberten Territorialmasse zu entschädigen. Der *casus foederis* war jedoch schon früher, am 21. August, eingetreten, als Gustaf Horn mit den schwedischen Alliierten in der Stadt Quartier nahm, um darauf die Kaiserlichen das Elsass hinaufzujagen. Die

königliche „Gegenversicherung“ kam also zu einem Zeitpunkt, als das Elsass ohnehin schon fast völlig in schwedischer Hand war. Ende Dezember, als Gustav Adolf längst tot war, hielt es der Straßburger Rat für angebracht, Horn, der auf dem Weg nach Schwaben war, an die versprochenen Entschädigungen zu erinnern. Und ganz richtig stellte Horn am 25. Dezember 1632 eine „Cessions- und Donationsnotull“ an die Stadt Straßburg aus, in der er die von schwedischen Waffen eroberten Teile des Bistums Straßburg „auf ewige Zeiten“ der Stadt Straßburg überließ. Oxenstierna bestätigte dann auf dem Heilbronner Konvent mit Datum vom 5./15. April 1633 die Straßburger Donationsgüter nur noch..

Diese und andere Bündnisse und Donationen waren nach der für Schweden katastrophalen Schlacht von Nördlingen (6.9.1634) hinfällig. Schweden verlor seine Herrschaft am Oberrhein und damit auch alle Vorteile, die mit dieser geostrategischen Position im Gesamtgeschehen des schwedischen Krieges verbunden war. Diese seien am Ende noch einmal kurz zusammengefasst und in einen breiteren Kontext gestellt.

5. Zusammenfassung

Der oberrheinische, schwäbische und fränkische Reichskreis waren in den Jahren 1632-1634 von eminenter strategischer Bedeutung für die schwedische Kriegsherrschaft in Süddeutschland. Die Besetzung des Oberrheingebiets hatte dabei mehrere Funktionen, von denen ich hier drei hervorheben möchte:

1. Die Besetzung eines Teils der „Pfaffengasse“ (der reichen Bistümer am Rhein: Straßburg, Worms, Mainz) diente der Brechung der katholischen Vormacht und der Versorgung der schwedischen Armeen.

2. Die Blockierung der sog. „Spanischen Straße“ (Bündner Alpenpässe-Vorarlberg-Bodensee-Konstanz-Stockach-Überlingen-Donaueschingen-Neustadt i.S.-Freiburg i.Br.-

Breisach-Rheinpassage bis in die spanischen Niederlande) hatte zentrale militärische Bedeutung, um eine Vereinigung der kaiserlich-ligistischen Truppen und der spanischen Truppen zu verhindern.

3. Die Oberrheinlande von Mainz bis Basel dienten als Hinterland (Werbe- und Kontributionsgebiet) für den schwedischen Marsch auf Wien.

Die Sicherung der Oberrheinlinie war spätestens seit Oktober 1630 ein Ziel der schwedischen politischen und militärischen Aktionen. Dennoch wird man sie nicht als ein generelles Kriegsziel der Schweden bezeichnen können. Einen schwedischen Masterplan für den „Teutschen Krieg“ hat es nach Michael Roberts (und ich schließe mich ihm hier an) nie gegeben oder, wie Oxenstierna es ausgedrückt hat, „*momenta temporum* weren allezeit das Fundament gewesen“ (M. Roberts, Gustav II Adolfs politiska mål, S.60.). Die schwedische Herrschaft am Oberrhein war also sowohl hinsichtlich der schwedischen Kriegsplanungen als auch im Rahmen des faktischen Kriegsverlaufs ein Ergebnis militärischer und politischer *ad hoc*-Rationalität. Sie hatte jedoch durchaus langfristige Folgen, und zwar zum einen noch während des großen Krieges selbst in Form neuerlicher Besetzungen ab 1638, zum anderen langfristig in Form dynastischer Verbindungen zwischen mehreren südwestdeutschen Fürstenhäusern und Schweden, von denen diejenigen des Hauses Baden gewiss die prominenteste ist. Doch das ist eine andere Geschichte, die ich Ihnen vielleicht bei anderer Gelegenheit einmal nahe bringen kann.

DISKUSSION

Prof. Krimm: Da Sie mit der Quellenlage begonnen haben, einige Vorbemerkungen zur vorderösterreichischen Überlieferung. Sie hatten gesagt, dass durch den Übergang des Elsass an Frankreich die Akten der Ensisheimer Regierung im Wesentlichen heute in Colmar liegen. Das stimmt natürlich, aber man muss noch etwas die Reichslandzeit berücksichtigen. Nach 1870 kam es zu Archivalientausch zwischen dem Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe und dem Bezirksarchiv Colmar. Ohne die Vorgänge im Einzelnen zu kennen, habe ich bei diesen sog. Extraditionen den Eindruck, dass die Colmarer Archivare, die immer konservativer bzw. französischer waren als die Straßburger,

mit spitzesten Fingern ausgewählt haben, was etwa an Baden abgegeben werden könnte. In Karlsruhe kamen im Grunde Einzelblätter an. Der Bestand heißt noch heute „Colmarer Extradita“ und berührt vor allem die Epoche, um die es uns heute geht. Offenbar hat man Einzelschreiben, die mit irgendeinem Stichwort Rechtsrheinisches berühren, aus den Akten gezogen, um dem Pertinenz-Schema der Extradition (das ja auch von Anfang an unglücklich war) gerecht zu werden. Entsprechend atomisiert sind denn auch die Inhalte der Akten; man kann wenig mit ihnen anfangen, da der Kontext immer fehlt. Das ist ein Kuriosum in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, das uns aber heute noch zu schaffen macht und das auch die Schwierigkeiten erklärt, die Benutzer gerade in unserem Haus haben. Umso verdienstlicher ist es, wenn ein zäher Forscher Zusammenhänge rekonstruiert, für die man zunächst die Quellen nicht findet.

Herr Leonhardt: Vielleicht zwei Punkte. Haben die Schweden nach der Schlacht bei Nördlingen die Gebiete am Oberrhein freiwillig geräumt oder gab es da Kämpfe, also praktisch Rückzugsgefechte? Ein anderer Punkt: Hat die drei- oder mehrjährige Besetzung am Oberrhein durch schwedische Truppen zu Gebietsveränderungen gebracht? Oder wurden die Verhältnisse nach dem Abzug der Schweden quasi wiederhergestellt wie sie vor der schwedischen Besetzung bestanden haben?

Prof. Tuchtenhagen: Zu der ersten Frage, man muss sich das so vorstellen, dass nach der Schlacht von Nördlingen die Truppenbewegung nach Westen ging. Das heißt, die Schweden sind zunächst einmal selber an den Oberrhein zurückgekehrt, so könnte man sagen, konnten sich da aber nicht mehr lange halten. Sie sind weitgehend aufgerieben worden und die schwedische Kriegsregierung hat dann auch die Truppen nach und nach abgezogen. Die gesamte schwedische Kriegsmacht verzieht sich dann zunächst einmal nach Norddeutschland, kehrt 1638 wieder zurück mit französischer Hilfe. Die zweite Frage: Natürlich hat es Restitutionen gegeben, das heißt also der Zustand der protestantischen Gebiete aus der Zeit - das ist ein bisschen unterschiedlich - zumindest vor 1629, also vor dem kaiserlichen Restitutionsedikt, zum Teil aber auch aus noch etwas älteren Zeiträumen, weil es da gerade im badischen Fall ständig Verhandlungen gab zwischen dem Kaiser und den beiden badischen Häusern. Dies hat eben auch, vor allem in

der Zeit nach 1622, nachdem also Baden-Durlach eine große Schlacht gegen den Kaiser verloren hatte, dazu geführt, dass die durlachischen Gebiete quasi unter zum Teil kaiserliche, zum Teil spanische, zum Teil baden-badische Herrschaft kamen. Das ist alles restituiert worden durch die Schweden. Aber ich habe das ja auch dargestellt, es kam sozusagen noch mehr dazu. Denn der Markgraf von Baden-Durlach, Friedrich V., hat sowohl seine alten Gebiete wiederbekommen wie auch die Gebiete von Baden-Baden und dazu Teile der von Schweden eroberten kaiserlichen Gebiete in der Ortenau und im Breisgau, also bis an den Hochrhein. Das heißt er erhielt weit mehr als er jemals besessen hat. Und das ist natürlich wieder zum Problem geworden in der Zeit nach Nördlingen, weil man dann kaiserlicherseits wieder einen Grund hatte, das alles zu zerschlagen und zu sagen, hier ist etwas unrechtmäßig erworben worden, was nicht im Reichsinteresse ist, und natürlich auch völlig illegal nach den Regeln des Heiligen Römischen Reiches.

Prof. Krimm: Und dieses Hin und Her kann man sich wohl nicht drastisch genug vorstellen, weil die Dotationen eben nicht nur an Fürsten gingen – Sie haben sich auf diese Beispiele beschränkt – , sondern auch an den Niederadel, dem gegeben oder genommen wurde. Konfessionelle Parteigänger am Oberrhein wurden entschädigt oder bekamen Dotationen für die Gefolgschaft. Katholische Adelige, die geflohen waren, verloren damit ihren Besitz. Und dies alles wurde danach wieder umgekrempelt?

Prof. Tuchtenhagen: Ja genau. Das ging wieder in die Gegenrichtung. Das erklärt dann zum Teil auch dieses ständige Hin und Her der Kriegsverläufe in den 30er/40er Jahren, weil man im Grunde ständig Rachefeldzüge und ständig auch Restitutionsfeldzüge führen musste, um das, was man meinte besitzen zu dürfen und zu wollen, wiederzubekommen.

Prof. Schwarzmaier: Vielleicht darf ich die Frage noch einmal auf das hinführen, was mir eigentlich immer unklar gewesen ist und was mir auch während Ihres Vortrages zunächst als Frage geblieben ist. Sie sprachen von einem schwedischen Masterplan. Wenn ich recht

verstanden habe, meinten Sie damit zunächst einmal die rein militärische Seite der Sache, also das taktische Vorgehen der schwedischen Truppen, die ganz offensichtlich ihre militärischen Pläne hatten, die schließlich im Endeffekt dazu hätten führen müssen, ein stabiles Regiment zur Grundlage dessen zu machen, was nachher zur Weiterführung der Operationen nach Bayern und Österreich geführt hätte. Die Frage ist, ob es denn eigentlich, und diese Frage wäre generell an Gustav Adolf zu stellen, einen diplomatischen Masterplan gegeben hat, sozusagen die Konzeption, die Gustav Adolf bei dem ganzen Unternehmen vorschwebte und die er dann in schwierigen diplomatischen Verhandlungen mit einer Unmenge von einzelnen diplomatischen Partnern, die wahrscheinlich nie insgesamt unter einen Hut zu bringen waren, nun durchzusetzen waren. Das ist mir nicht ganz klar geworden. Und ganz unklar ist dabei vor allem die Frage, wie sich diese Sache, wie sich die schwedische Herrschaft vor der Schlacht von Lützen und nach der Schlacht von Lützen in der Konzeption unterschieden hat? Wieweit hat der Tod Gustav Adolfs alle diese Pläne diplomatischer und militärischer Art zunichte gemacht und hat es nach dem Tod des Königs überhaupt noch eine andere Konzeption gegeben als die, den Krieg auf irgend eine Weise militärisch fortzusetzen, ohne dass man eigentlich wusste was dabei herauskommen konnte. Unabhängig davon wird man doch wohl berücksichtigen müssen, dass die deutschen Fürsten wahrscheinlich während der ganzen Geschichte nie etwas anderes im Sinn hatten als, jeder Einzelne für sich, so viel wie möglich herauszuschlagen, sich zu behaupten. Die einzige Persönlichkeit, die mir ein wenig vertraut ist, ist Bernhard von Weimar, sicherlich die bedeutendste Persönlichkeit im protestantischen Lager. Sie haben dann im Zusammenhang mit ihm ein Herzogtum Franken erwähnt, dahinter könnte man ja eine Art von Konzeption sehen, wonach hier einer der deutschen Fürsten so etwas wie eine übergreifende Politik, aber natürlich unter völlig eigenständigen Voraussetzungen und Interessen, gebildet hat. Gab es so etwas wie eine Vorstellung was werden könnte, wenn das Unternehmen, heute sagen wir einen nachhaltigen Erfolg gehabt hätte?

Prof. Tuchtenhagen: Das ist für meine Begriffe eine sehr, sehr schwierige Frage. Also wir finden Indizien dafür, dass es eine Nachkriegskonzeption gegeben hat, auch Indizien dafür, dass es für die Kriegszeit schon politische Planungen gegeben hat. Ich hatte erwähnt das „Corpus Evangelicorum“ Gustav Adolfs, das man jetzt vielleicht nicht nur als

konfessionelles Bündnis interpretieren sollte, sondern das ist sicherlich auch ein politisches Bündnis gewesen und hatte sicherlich auch mehr als nur militärische Aspekte. Die militärischen Aspekte stehen gewiss die ganze Zeit über im Vordergrund. Das ist natürlich im Krieg, man muss sehen, dass die strategischen Positionen erreicht werden, die man braucht, um letztendlich die Habsburger zu schwächen. Und trotzdem gibt es immer wieder die Formulierung, wir wollen ein Bündnis, das auf ewige Zeiten besteht, ein Bündnis, das über den Krieg hinaus, also nach einem Friedensschluss noch Bestand haben soll. Und gleichzeitig haben wir die Aussage von Oxenstierna, dass es nie eine Art Masterplan gegeben hat, dass also immer die momenta temporum den Ausschlag gegeben hätten. Dieses gleiche Motiv finden wir eigentlich auch schon 1629 in Stockholm beim schwedischen Reichsrat, der eben formuliert, es wäre natürlich schön, wenn wir in Deutschland eine schwedische Herrschaft aufrichten könnten, wenn wir sozusagen ein protestantisches Gegenreich schaffen könnten. Aber wir wissen natürlich nie, ob wir überhaupt so tief in Deutschland eindringen können oder ob wir nicht letztendlich an der Ostseeküste hängenbleiben. Und dann gibt es die schwedische Assecuratio, das eigentlich Kriegsziel und politische Ziel wird. Ihr Eindruck stimmt sicherlich, das wird nicht ganz klar, das wird auch aus den Quellen nicht ganz klar. Ich denke aber, dass es doch einen roten Faden gibt von dieser Konzeption des „Corpus Evangelicorum“ bei Gustav Adolf hin zum Heilbronner Bund, der versucht, diese Konzeption noch einmal umzusetzen, dann natürlich unter neuen Voraussetzungen, denn es fehlt eben dieses neue evangelische Haupt, von dem Gustav Adolf gesprochen hat. Da gibt es dann nur noch den schwedischen Reichskanzler und die bedeutenden Generäle. Dazu gehört natürlich auch Bernhard von Weimar, dazu gehört Gustav Horn, später dann auch Johann Banèr usw. Wir haben also quasi eine Herrschaft, die nach 1632, nach dem Tod von Gustav Adolf polyzentrisch wird. Das erschwert die Situation ganz ungemein, auch wenn die evangelischen Fürsten sich zumindest für eine ganz kurze Periode doch mal zusammenraufen können. Aber das ist wohl damit zu interpretieren in diesem Zusammenhang, dass eben der Kopf der Bewegung fehlt und dass man irgendwie versuchen muss, das was man bisher territoriell erreicht hat auch zu bewahren, gerade was die Herrschaftsrechte angeht und so weiter.

Herr Straub: Meine Frage bezieht sich auf Breisach und dann auch auf Konstanz, das ja nicht erobert wurde.

Prof. Tuchtenhagen: Breisach ist in der Zeit, die ich behandelt habe, auch nicht erobert worden. Der Rheingraf Otto Ludwig hat es dann versucht, aber es hat nicht funktioniert. Es wird dann erst erobert von Bernhard von Weimar. Am Ende der 30er Jahre fällt dann auch Breisach. Allerdings gibt es eine ganz, ganz kurze Periode 1634, kurz vor der Schlacht von Nördlingen, wo die Stadt fällt und damit dann auch der Anspruch eingelöst werden kann, den Friedrich V. von Baden-Durlach auf diese Stadt beziehungsweise Festung hat. Aber das ist nur eine Episode. Unter schwedische Herrschaft beziehungsweise unter die Herrschaft der mit Schweden alliierten Mächte ist es tatsächlich dann erst Ende der 30er Jahre gekommen.

Frage nicht zu verstehen, bezieht sich auf die Belagerung von 1634.

Prof. Tuchtenhagen: Ja, die Belagerung beginnt etwas früher. Aber ich bin ein bisschen überfragt was die Begründung angeht, warum es dann letztendlich nicht funktioniert hat. Ob es direkt mit Nördlingen zusammenhängt glaube ich eigentlich eher nicht. Aber natürlich wird dann Horn abkommandiert nach Nördlingen und so weiter. Aber das ist, meine ich, etwas später gewesen.

Prof. Krimm: Sie haben Baden und Württemberg im Schlußteil zusammen behandelt, um dann doch zu differenzieren, ebenso das Verhältnis zwischen Kurpfalz und Schweden. Wie drückt sich hier der Umgang der Lutheraner untereinander aus? Und der Umgang der Reformierten mit den Lutheranern? Oder spielt das in dieser Zeit keine Rolle mehr?

Prof. Tuchtenhagen: Indirekt. Also bei der Kurpfalz kommen zwei Dinge zusammen. Das eine ist, dass Gustav Adolf immer argumentiert hat, die Kurpfalz ist kein Bündnispartner, sondern das ist erobertes Land. Und wenn wir, also wir Schweden, dem Kurpfälzer etwas zurückgeben, dann ist das eine Donation und es ist keine Restituierung, obwohl wir im Vorfeld, also 1630 oder erste Jahreshälfte 1631 schon noch den Begriff der Restitution finden. Aber in den konkreten Verhandlungen, die dann eingeleitet werden, zwischen Gustav Adolf und Friedrich V. von der Pfalz, ist von Restitution nur noch ganz eingeschränkt die Rede. Wenn man sich den Vertragsentwurf anschaut, dann ist das letztlich so eine Art Diktat gegenüber den Kurpfälzern, mit der Begründung, der Kurpfälzer habe keine eigenen Truppen eingebracht, er habe kein Geld gezahlt, er habe nichts dazu getan um das Land zu erobern, das haben alles die Schweden alleine geleistet. Und das ist natürlich im Falle von Württemberg und Baden völlig anders, weil die eigene Truppen stellen und weil sie sich auch erheblich verschuldeten um sozusagen dem Schwedenkönig entgegenzukommen - natürlich immer in der Hoffnung, dann entschädigt zu werden, das ist auch klar. Aber aus schwedischer Sicht erscheinen Baden und Württemberg tatsächlich als Alliierte, nicht als irgendwie abhängige Bittsteller. Vielleicht noch ein Wort zum Unterschied zwischen Baden und Württemberg, weil Sie den angesprochen haben. Im Falle Badens ist es ja so, dass Friedrich V. von sich aus die Initiative ergreift, zu Gustav Adolf reist, ihm sozusagen das Bündnis anbietet, während Württemberg, also der Administrator in Württemberg, der eigentliche Herzog ist noch ein Kid in der Zeit, hin und her laviert zwischen dem Kaiser und Gustav Adolf und nicht richtig weiß wie er sich entscheiden soll. Dann, weil die Schweden immer näher rücken, schickt er schließlich doch Gesandte zu Gustav Adolf und macht ihm dann den Vorschlag, also wir müssen natürlich dem Kaiser treu bleiben, aber wir werden den Schweden nichts entgegenstellen, wenn sie hier aktiv werden. Also das ist eine sehr zögerliche, sehr vorsichtige Haltung, die auch verständlich ist, weil man versucht, das eigene Land zu bewahren, das ja noch relativ in Takt ist, während Baden kaiserlich besetzt ist. Das ist auch wieder ein Unterschied, der sich dann ausdrückt in den Abmachungen, die mit Schweden getroffen werden.

Dr. Noe: Wenn Sie von Baden reden, gilt das für Baden-Durlach oder waren beide badischen Herrschaften mit den Schweden verbündet? Wie war das?

Prof. Tuchtenhagen: Immer Baden-Durlach.

Dr. Noe: Immer Baden-Durlach. Baden-Baden war damals wohl auch katholisch gewesen, aber ich denke, in der Zeit gab es da ein paar Mal einen Wechsel der Konfessionen.

Prof. Tuchtenhagen: Naja, gut. Es gab Teile auf baden-badischem Territorium, die protestantisch waren. Aber im Grunde war das Land katholisch, und Wilhelm V. von Baden-Baden hat sich auch ganz dezidiert mit dem Kaiser verbündet und ist dann sogar Oberbefehlshaber der oberbadischen oder vorderösterreichischen Truppen gewesen. Er hat von Breisach aus gegen seinen Verwandten, den Durlacher agiert, Ausfälle aus der Festung gemacht und solche Dinge. Also das ist ein ganz scharfes militärisches Feindverhältnis zwischen den beiden badischen Linien, was ja vorher schon angelegt war auf der juristischen Ebene. Aber das wird dann nochmal unter dem Eindruck der Schweden verschärft.

Herr Leonhardt: Wie war eigentlich die Gesamtzusammensetzung der schwedischen Truppen? Wie viele echte Schweden gab es unter der schwedischen Besatzungsarmee?

Prof. Tuchtenhagen: Wir wissen, dass es um 1630 in Gesamtdeutschland, also im Heiligen Römischen Reich, insgesamt sieben schwedische Armeen gegeben hat, also echte, ethnische schwedische Armeen. Daneben gab es eine ganze Reihe von Hilfsarmeen. Und man beobachtet beim Vormarsch der Schweden nach Süden, dass der Anteil der schwedischen Soldaten immer geringer wird und der Anteil der Hilfstruppen immer größer. Das hat natürlich damit zu tun, dass die Schweden überall dort, wo sie Land erobert haben, Besatzungen zurücklassen müssen, um das Gebiet zu sichern. Je weiter man nach Süden kommt, je mehr Territorium man beherrscht und 1630 also auf dem Höhepunkt der

schwedischen Herrschaft im Heiligen Römischen Reich zu dieser Zeit, kann man davon ausgehen, dass der gesamte Norden mehr oder weniger schwedisch oder von Schweden irgendwie abhängig ist und überall schwedische Besatzungen in den Festungen zurückgelassen werden. Das heißt die Schweden sind also bei ihrem Vormarsch im Oberrheingebiet geradezu darauf angewiesen von den Badenern, von den Württembergern, von den Rheingrafen und so weiter Hilfstruppen zu bekommen. Trotzdem gehen die entscheidenden Aktionen immer von der schwedischen Hauptarmee aus. Also die Truppe, die Gustav Adolf zurückgelassen hat am Oberrhein steht ja unter dem Oberbefehl von Gustav Horn, und immer wenn es irgendwie brenzlig wird, wird Horn zu Hilfe gerufen. Das sieht man im Falle der kaiserlichen Gegenoffensive, wo es in die Kurpfalz, ins Unterelsass geht und so weiter, und wo die lokalen Machthaber, also die Untertruppenführer, nicht mehr Paroli bieten können, da wird dann Horn zu Hilfe gerufen, und da ist dann auch relativ schnell Schluss mit kaiserlicher Dominanz. Aber gleichzeitig begegnet man auch den Leuten, die ich genannt habe, der Rheingraf Otto Ludwig, Christian von Birkenfeld und natürlich Friedrich V. von Baden-Durlach, Schaffalitzki und so weiter, das sind alles keine Schweden. Die kommen hier aus der Region und werden da quasi angestellt und natürlich dann auch wieder belohnt mit Donationen und so weiter. Das ist das Schema, wie die Schweden hier agieren.

Prof. Schwarzmaier: Zwei Dinge, nur weil eben von Baden gesprochen worden ist. In Baden sind die Verhältnisse, glaube ich, noch viel, viel komplizierter als sonst irgendwo, und das was vorhin gesagt worden ist, die Spaltung von Baden-Baden und Baden-Durlach, spielte dann natürlich eine ganz große Rolle. Denn sicherlich ist Baden-Durlach der schwedische Klientelstaat schlechthin gewesen, als man versucht hat, mit Hilfe der Schweden eben auch das Teilungsproblem zu lösen. Bei einem dauerhaften Erfolg der Schweden hätte zweifellos Baden-Durlach auch den Versuch unternommen, das ist ja bereits die Bewegung, die mit der „Oberbadischen Okkupation“ zusammenhängt, die gesamtbadischen Verhältnisse in seinem Sinne zu lösen. Und deshalb auch diese enge Anlehnung: Eine der Töchter von Friedrich V. heiratet den schwedischen General Banèr. Und selbst Eheverbindungen nach Schweden hin werden eingeleitet um zu zeigen, wie stark man Schweden als diejenige Macht ansieht, auf der man seine gesamten

diplomatischen und seine gesamten Besitzerwerbsbemühungen aufgebaut hat. Das war die eine Sache, die ich einfach noch einmal feststellen wollte, denn ich glaube, dass Baden-Durlach doch eine außerordentliche starke Bindung an Schweden erreicht hat, in jeder Hinsicht. Die andere Frage führt weg und ist vielleicht auch so etwas wie eine Schlussfrage. Sie führt hin auf das, was man den Gustav Adolf-Mythos nennen kann, der sich hier, gerade in den protestantischen Gebieten, ja bis ins ausgehende 19. Jahrhundert verdichtet hat, bis hin zu den Gustav Adolf-Vereinen, die sich als kirchliche Vereinigungen dort gebildet haben. Wann beginnt eigentlich dieser Gustav Adolf-Mythos? Beginnt er sofort nach seinem Tod, nach der Schlacht von Lützen, auch in der Form, dass man dann in den von den Schweden besetzten Gebieten immer an dieser Vorstellung des von Gott gesandten Königs festgehalten hat, so dass sich die Bevölkerung sozusagen Schweden immer verbunden fühlte mit diesem Mythos Gustav Adolfs, und das, obwohl die schwedische Soldateska auch in den verbündeten Gebieten immer grausamer wütete, je länger der Krieg andauerte? Oder ist das eine Sache, die später kommt und die dann erst durch die protestantische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts zu dem gemacht worden ist was ich da nenne?

Prof. Tuchtenhagen: Ja beides. Ich würde sogar sagen, der Gustav Adolf-Mythos beginnt schon bei seiner Landung in Pommern, also lange vor seinem Tod. Herr Krimm und ich wir haben vorhin noch mal ein wenig darüber gefachsimpelt, das hat natürlich auch mit der schwedischen Propaganda zu tun. Es gibt eine Unzahl von Flugblättern, wo in Bild und Wort ständig gezeigt wird, wie Gustav Adolf der Retter des deutschen Protestantismus ist und dass man ohne ihn überhaupt nichts mehr ausrichten kann und so weiter. Das ist eine Propaganda, die zunächst von den Schweden selbst in Gang gesetzt wird, die dann aber auch in Deutschland, zum Teil von kirchlicher Seite, zum Teil von den Fürsten übernommen wird. Und wir haben bis zum Ende des 30jährigen Krieges im Grunde schon ein fest etabliertes Gustav Adolf-Bild, das dann nur noch von der Historiographie quasi aufgenommen werden muss. Das wird, Sie haben es ja gesagt, in der protestantischen Geschichtsschreibung fortgesetzt. Das 19. Jahrhundert ist da besonders produktiv geworden, auch weil sich das dann nochmals mit maximalen Motiven verbindet. Man kann dann eben auch feststellen, dass man versucht, Gustav Adolf nicht nur als Retter des

Protestantismus, sondern eben eines protestantischen Deutschlands schlechthin zu etablieren; das ist dann für die deutsche Reichseinigung 1870/71 besonders wichtig, weil sich Preußen als protestantische Macht auch noch mal darin spiegeln kann. Aber wir haben durchaus Indizien auch schon für die Zeit davor. Wenn wir von moderner Geschichtsschreibung reden, reden wir ja von der Aufklärung. Aber wenn Sie etwa Friedrich Schillers Bild vom 30jährigen Krieg und das Bild der Schweden, welches er verarbeitet, auch mit seinem Wallenstein beispielsweise, genauer analysieren, dann entspricht das genau dieser Propaganda, die von den Schweden angestoßen ist.